



Niederschrift

über die
**12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und
Gesundheit am 05.06.2025**
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

| | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| Abg. Ingolf Lienau | |
| Abg. Nils Bassen | ab 14.51 Uhr |
| Abg. Doris Brandt | Vertretung für Abg. Joy Rosenberg |
| Abg. Henning Cordes | |
| Abg. Elisabeth Dembowski | Vertretung für Abg. Susanne Mrugalla |
| Abg. Erich Gajdzik | |
| Abg. Marvin Heinrich | |
| Abg. Ina Helwig | Vertretung für Abg. Erika Schmidt |
| Abg. Michaela Holsten | |
| Abg. Hans-Jürgen Krahn | Vertretung für Abg. Willi Bargfrede |
| Abg. Tam Ofori-Thomas | |
| Abg. Marsha Weseloh | |
| Abg. Norbert Wolf | |

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Flake
Herr Helmut Sündermann

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Herr Jens Hedicke (Amt 53)
Herr Stefan Fuchs (Amt 53)
Frau Antje Brünjes (Amt 50)
Herr Dr. Christian Kornek (Amt 55)
Frau Christin Kammann (Amt 50)

Entschuldigt:

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Marie-Thérèse Kaiser

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 06.03.2025
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht über die Pflegesituation im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0944
- 6 Änderung der Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Durchführung von Aufgaben nach dem Nds. Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes
Vorlage: 2021-26/0945
- 7 Bericht über sonstige Leistungen (Elterngeld, BAföG, Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie Rechtsmittel im Sozialamt
Vorlage: 2021-26/0943
- 8 Bericht des Jobcenters über die kommunalen Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 a SGB II
Vorlage: 2021-26/0942
- 9 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 10 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 06.03.2025**

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig (bei drei Enthaltungen) den nachstehenden Beschluss.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 06.03.2025 wird genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Frau Colshorn berichtet wie folgt:

Einführung der Bezahlkarte

Im Landkreis wurden in den vergangenen Wochen insgesamt 628 Karten erstellt und an alle Kommunen und von dort an alle § 3-Leistungsberechtigten ausgegeben wurden. Somit erhalten ab Juni 2025 alle § 3 - leistungsberechtigten Personen ihre Leistungen über die Bezahlkarte.

Das System der Bezahlkarte funktioniert nach einigen Anfangsschwierigkeiten mittlerweile gut. Auch die APP ist für die Asylbewerber leicht verständlich und gut aufgebaut.

Im Vorfeld wurden die folgenden Fragen an die Verwaltung gestellt:

- a) Gibt es für die Karteninhaber eine Liste, was man bezahlen kann und was nicht?
Nein, eine solche Liste gibt es nicht. Wollen die Karteninhaber eine Überweisung auf ein nicht freigegebenes Konto überweisen, können sie eine Anfrage an den Landkreis stellen. Die Asylstelle prüft die Anfrage und schaltet die Kontoverbindung im Falle einer positiven Prüfung frei.
- b) Können Rechtsanwaltskosten gezahlt werden?
Ja.
- c) Wie kann der Karteninhaber am sportlichen, kulturellen und sozialen Leben teilhaben?
Mit der Bezahlkarte kann überall dort, wo das Bezahlen mit einer VISA-Card möglich ist, bezahlt werden. Den Asylbewerber steht grds. ein Barbetrag in Höhe von 50 € z. Vfg., der kostenlos bei Einzelhändlern abgehoben werden kann. Das Abheben am Geldautomaten ist hingegen gebührenpflichtig. Bei Überweisungen müssen Kontoverbindungen erst vom Landkreis Rotenburg (Wümme) freigegeben werden.

Ergänzung zu Protokoll: Höhere Barbeträge können nicht abgehoben werden.

Betrieb und Wartung von Automatisierten externen Defibrillator (AED)

Aufgrund von Nachfragen anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 6. März 2025 und dem TOP Sonderaufgaben des Amtes 53 wird Folgendes mitgeteilt:

Nach der Nutzung eines AED ist eine sicherheitstechnische Kontrolle durchzuführen, wobei die Elektroden auszutauschen und ggf. die Batterie zu erneuern sind. Diese Wartung erfolgt in der Regel vor Ort und nimmt nur wenig Zeit in Anspruch. Dienstleister bieten zudem im Rahmen von Wartungsverträgen die Gestellung von Ersatzgeräten an, falls die Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit aufwendiger ist oder einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt. Der Einsatz eines AED wird dem Landkreis nur bekannt, wenn dieser im Rahmen der Alarmierung eines Mobilen Retters erfolgt, eine automatisierte Meldung an das AED-Kataster erfolgt nicht.

Regionale Ausbildungsmesse

Die Regionale Ausbildungsmesse (RAB) für Jugendliche soll ab 2026 jährlich stattfinden. Die Beschlussvorlage hierzu wurde bereits im Sozialausschuss im Februar 2025 eingebracht und dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Zur Sitzung des Kreisausschusses am 13.03.2025 wurde die Vorlage aufgrund einer sich ggfs. neu ergebenden Fördermitteloption zurückgezogen. Diese Finanzierungsoption über europäische, Bundes- oder Landesmittel wurde geprüft, die Kosten für die Durchführung der RAB stellen im Ergebnis jedoch aktuell keine förderfähigen Ausgaben dar. Es sollen wie in 2024 freiwillige Mittel des Landkreis Rotenburg (Wümme) von bis zu 42.000 € zur RAB-Durchführung eingesetzt werden. Sofern sich weitere Fördermitteloptionen ergeben sollten, werden diese geprüft.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über die Pflegesituation im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0944

Herr Fuchs gibt zunächst Auskunft über die Beratungskontakte sowie das Handlungskonzept Pflege im Zusammenhang mit dem Senioren- und Pflegestützpunkt (RoSe). Außerdem informiert er über die Heimaufsicht im Landkreis Rotenburg (Wümme).

Abg. Helwig erkundigt sich danach, inwieweit im Landkreis Mehrgenerationenwohnprojekte ausgebaut werden sollen.

Herr Fuchs teilt daraufhin mit, dass es im Landkreis ein solches Angebot noch nicht gäbe und die Kontakte zu den entsprechenden Dienstleistern gerne übermittelt werden können.

Frau Brünjes informiert anschließend über die derzeitige Situation im Sachgebiet Hilfe zur Pflege des Landkreises Rotenburg (Wümme).

Auf Nachfrage von **Abg. Helwig** teilt **Frau Brünjes** weiterhin mit, dass bei der Prüfung des Anspruchs auf Hilfe zur Pflege das Vermögen der Kinder der/des Antragsteller/in grds. nicht berücksichtigt wird.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Durchführung von Aufgaben nach dem Nds. Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
Vorlage: 2021-26/0945

Frau Colshorn informiert über Änderung der Heranziehungssatzung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Bericht über sonstige Leistungen (Elterngeld, BAföG, Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie Rechtsmittel im Sozialamt**
Vorlage: 2021-26/0943

Frau Colshorn leitet in die Vorlage ein.

Abg. Weseloh lobt das einfache Antragsverfahren und die umfassende Beratung bei der Elterngeldstelle.

Auf Nachfrage von **Abg. Dembowski** teilt **Frau Brünjes** mit, dass sich die Anzahl der Wohngeldbezieher/innen aufgrund der Wohngeldreform im Jahr 2023 verdoppelt hat. Mit der Reform wurden u.a. die Wohngeldbeträge erhöht, wodurch mehr Haushalte Anspruch auf Wohngeld haben.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Bericht des Jobcenters über die kommunalen Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 a SGB II**
Vorlage: 2021-26/0942

Dr. Kornek berichtet über die Umsetzung der kommunalen Eingliederungsleistungen im SGB II.

Abg. Dembowski erkundigt sich danach, inwiefern im Case-Management in Bezug auf psychosoziale Belastungen mit medizinischen Einrichtungen zusammengearbeitet wird. **Dr. Kornek** erklärt, dass keine direkte Zusammenarbeit erfolgt. So werden erste Anzeichen einer psychosozialen Belastung in den Gesprächen mit dem Case-Manager festgestellt. Anschließend erfolgt über die Lotsenfunktion eine Vermittlung zu den medizinischen Einrichtungen.

Abg. Brandt hat eine Nachfrage dazu, wie viele Langzeitleistungsbeziehende es aktuell im Landkreis gibt.

Antwort zu Protokoll:

Mit Stand von Mai 2025 gibt es 2.638 Langzeitleistungsbeziehende, das entspricht einem Anteil von 63,3 % an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Da keine Berichte oder Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** die Sitzung um 16:30 Uhr.